

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 35 (1956)
Heft: 5-6

Artikel: Die Wendung der russischen Politik
Autor: Humbert-Droz, Jules
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336901>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Wendung der russischen Politik

Die Verhandlungen und Beschlüsse des 20. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion haben in der ganzen Welt eine Schockwirkung ausgelöst. Jedermann stellt sich Fragen über die Bedeutung der Änderungen, die sowohl in der inneren als auch in der äußeren Politik der Sowjetregierung eingetreten sind und über die Rückwirkungen dieser politischen Wendung Rußlands auf die internationale kommunistische Bewegung.

In Wirklichkeit aber hat der 20. Parteitag nur eine Entwicklung bekräftigt und beschleunigt, die nach dem Tode Stalins sofort eingeleitet worden war.

Am 6. März 1953 meldete die Agentur Taß Stalins Tod; am gleichen Tag veröffentlichte sie die Maßnahmen des Zentralkomitees der Partei, des Ministerrates und des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR «zur Sicherung der reibungslosen und richtigen Führung des ganzen Lebens des Landes». Diejenigen Führer, die im Namen der obengenannten Instanzen der Partei und des Staates sprachen, fügten hinzu: «Dies erfordert größte Geschlossenheit der Leitung, Verhütung jeglicher Verwirrung und Panik, um so die erfolgreiche Verwirklichung der von unserer Partei und unserer Regierung ausgearbeiteten Politik sowohl in den inneren Angelegenheiten unseres Landes als auch in den internationalen Angelegenheiten unbedingt zu gewährleisten.»

Die konkreten Maßnahmen, die auf Grund dieser Erklärung schon am 6. März der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurden, betreffen die Schaffung *einer neuen kollektiven Leitung*. An die Spitze der Partei und der Regierung wurde *Malenkow* gestellt. Er war, als er am 19. Parteitag das politische Referat hielt, von Stalin als sein Nachfolger bezeichnet worden. Stalin hatte durch die Ermordung Shdanows, Malenkows Haupttrivalen im Parteisekretariat, sowie durch die Kaltstellung der alten Bolschewiken Molotow, Bulganin und Woroschilow für Malenkow den Weg zur Führung der Partei und des Staates freigemacht. Malenkow war jedoch nicht imstande, das Regime der Ein-Mann-Führung aufrechtzuerhalten.

Stalin vereinigte in seinen Händen als Generalsekretär die Führung der Partei, als Vorsitzender des Ministerrates die Führung der Regierung, als Generalissimus die Führung der Armeen und verfügte durch Beria willkürlich über die gewaltige Polizei, die über Partei, Regierung und Armee stand und alle terrorisierte.

Malenkow wurde zwar an Stelle von Stalin Ministerpräsident, mußte aber das Sekretariat der Partei verlassen und konnte auch die Führung der Armee nicht übernehmen. Dazu hatte er in Beria, der die Diktaturtradition Stalins

zu seinen Gunsten weiterzuführen beabsichtigte, einen sehr gefährlichen Rivalen.

Auch in der Regierung und im Präsidium der Partei hatte Malenkow die Macht mit anderen zu teilen. Neben ihm, an zweiter Stelle, stand der gefährliche Beria. Die abgesetzten alten Mitarbeiter Stalins, Molotow, Bulganin, Woroschilow, nahmen wieder wichtige Funktionen auf: Woroschilow wurde Präsident des Obersten Sowjets, das heißt Staatsoberhaupt, an Stelle von Schwernik, der an die Spitze des Gewerkschaftsbundes zurückversetzt wurde. Molotow bekam seine Funktionen als Außenminister zurück, an Stelle von Wyschinski, der als Vertreter der UdSSR in die UNO abgeschoben wurde. Bulganin, der im Jahre 1949 durch Stalin als Kriegsminister abgesetzt worden war, erhielt wieder das Verteidigungsministerium. Marschall Schukow kam aus seiner Verbannung in die Provinz hervor und als Stellvertreter Bulganins in das Kriegsministerium.

Innerhalb der Partei wurde das vom 19. Parteitag geschaffene und arbeitsunfähige große Präsidium von 25 Mitgliedern und 11 Kandidaten abgeschafft und das alte Polit-Büro mit 10 Mitgliedern und 4 Kandidaten wieder eingesetzt. Die 10 Mitglieder der engeren Leitung waren, in der Rangordnung der Hierarchie: Malenkow, Beria, Molotow, Woroschilow, Chruschtschew, Bulganin, Kaganowitsch, Mikojan, Saburow und Perwuchin.

Diese weitgehenden Änderungen, die schon wenige Stunden nach dem Tode Stalins der Öffentlichkeit gemeldet wurden, beweisen, daß bereits vor dem Tode des Diktators, ohne ihn und gegen ihn, durch eine führende Gruppe seiner früheren Mitarbeiter eine Wendung beschlossen und vorbereitet worden war. Daß das Zentralkomitee, der Ministerrat und das Präsidium des Obersten Sowjets so rasch hätten zusammentreten und so weitreichende Maßnahmen hätten improvisieren können, ist ausgeschlossen.

Die beiden engeren Mitarbeiter Stalins, Malenkow und Beria, blieben zunächst an der Spitze der Hierarchie. Aber sowohl in der Leitung der Partei als auch im Präsidium des Ministerrates bildeten die von Stalin bedrohten und kaltgestellten Führer die Mehrheit. Die als Opfer für die nächste Stalinische Säuberung vorgesehenen Kandidaten haben damals die Voraussetzungen für die Abkehr vom Stalinismus geschaffen. Haben sie den Tod Stalins beschleunigt? Die Frage muß gestellt werden. Vielleicht wird man später einmal über diesen Punkt Bescheid erhalten. Chruschtschew hat in seiner Anklagerede auf dem 20. Parteitag, hinter verschlossenen Türen, die öffentliche Meinung auf eine solche Enthüllung vorbereitet, als aus den Reihen der anwesenden Delegierten die Frage an ihn gestellt wurde: «Warum habt ihr Stalin nicht getötet?»

Die Wendung begann mit der *Schaffung einer kollektiven Leitung*. Der zweite Schritt erfolgte einen Monat später, am 4. April 1953, durch die Rehabilitierung der angeklagten jüdischen Ärztegruppe und durch die scharfe Verurteilung der Stalinschen Polizeimethoden. Die «Prawda» schrieb darüber am 6. April:

«Nur Leute, die ihr sowjetisches Gesicht und die Menschenwürde verloren haben, konnten zu rechtswidrigen Verhaftungen sowjetischer Bürger, hervorragender Vertreter der sowjetischen Medizin, zur direkten Fälschung im Untersuchungsverfahren, zu verbrecherischer Verletzung ihrer Bürgerpflicht gelangen.»

Diese Methoden wurden damals nur untergeordneten Untersuchungsbeamten zugeschrieben. Willkür und Rechtswidrigkeit der Staatsorgane einerseits, Antisemitismus und Rassenhaß andererseits wurden aufgedeckt und öffentlich gebrandmarkt. Die Polizei fühlte sich bedroht, und ihr Chef Beria versuchte, seine einzigartige Stellung auszunützen, um die Macht an sich zu reißen.

Am 10. Juli meldete die Agentur Taß die Verhaftung von Beria und seine Überweisung an den Obersten Gerichtshof. Die Polizei wurde der Kontrolle der Regierung und der Partei unterstellt, und Beria, der Henker und Handlanger Stalins, wurde verurteilt und hingerichtet.

Der zweite Schützling Stalins, Malenkow, wurde am 8. Februar 1955 als Ministerpräsident und Führer der Partei abgesetzt. Er blieb jedoch Mitglied des Ministerrates und des Parteipräsidiums.

Die von Stalin bedrohten alten Führer hatten die Macht im Staat und in der Partei an sich gerissen. Sie betonten ihren Willen, *die Gesetzlichkeit zu respektieren*. Es war dies der erste entscheidende Schritt gegen die persönliche Terrordiktatur Stalins.

Waren diese Ereignisse nur durch eine kleine Gruppe von Führern bestimmt oder haben die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion, hat das Sowjetvolk einen Anteil an dieser Wendung?

Wir wissen, daß nach dem Tode Stalins, im Juni 1953, in der Tschechoslowakei und in Ostdeutschland große Massendemonstrationen, Streiks und Aufstände stattgefunden haben. Wir wissen aber nicht, was in der Sowjetunion vor sich gegangen ist. Wenn man die russischen Staatsmethoden kennt, mußte einem immerhin im ersten Communiqué nach dem Tode Stalins die Wendung auffallen «*Verhütung jeglicher Verwirrung und Panik*». Die Führung der Partei hätte nicht von sich aus von Panik gesprochen, wenn nicht im Volke eine gewisse Verwirrung geherrscht hätte. In einer Anzahl nicht-russischer Sowjetrepubliken, in der Ukraine, in Georgien, saßen Mitglieder

der Regierungen und alte Parteifunktionäre im Gefängnis und warteten darauf, als «bürgerliche Nationalisten» und Agenten der ausländischen Imperialisten zum Tode verurteilt zu werden. Die Sofortmaßnahmen der neuen Leitung auf dem Gebiet der Preispolitik und der Versorgung der Bevölkerung wie auch die breite Amnestie für Personen, die wegen Delikten der Arbeitsdisziplin verurteilt waren, lassen die Vermutung zu, daß sowohl in der Arbeiterschaft wie auch unter den Bauern und bei den nichtrussischen Nationalitäten mindestens eine starke Unzufriedenheit vorhanden war.

Die Amnestie wurde bereits am 28. März 1953 verkündet. Sie verfügte Haftentlassung und Erlassung der anderen, nicht mit Freiheitsentzug verbundenen Sanktionen (es handelt sich in erster Linie um Arbeitszwang und Kürzung des Lohnes in den Betrieben) für Personen, die bis zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden waren; Haftentlassung, unabhängig von der Höhe der Strafe, für Personen, die wegen Amts-, Wirtschafts- und Militärdelikten verurteilt waren. Ferner wurden sofort aus der Haft entlassen, unabhängig von der Höhe der Strafe, «Frauen mit Kindern unter 10 Jahren, schwangere Frauen, Minderjährige bis zu 18 Jahren, Männer über 55 und Frauen über 50 Jahren, ferner Personen, die an schweren unheilbaren Krankheiten leiden». Diese Liste beweist, was für ein unmenschliches Regime gegen das Volk ausgeübt wurde. Man hat die Zahl der Amnestierten auf 10 bis 15 Millionen Menschen geschätzt!

Am 31. März 1953 verfügten der Ministerrat und der Parteivorstand eine Herabsetzung der Einzelhandelspreise für Nahrungsmittel und Industriewaren von 10 bis 50 Prozent (Fleischwaren 15 Prozent, Tee 20 Prozent, Salz 30 Prozent, Kartoffeln, Gemüse, Obst 50 Prozent, Brot, Zucker 10 Prozent usw.). Im Monat August beschloß der Oberste Sowjet die Senkung der von den Bauern erhobenen Steuern um 43 Prozent für das Jahr 1953 und für das Jahr 1954 eine Herabsetzung von 60 Prozent gegenüber 1952. Die hohen rückständigen Steuern aus vorhergehenden Jahren wurden völlig erlassen.

Die Führer der Sowjetunion begannen auch, sich von der Selbsttäuschung ihrer eigenen verlogenen Propaganda zu befreien und die Ereignisse in der Welt und in ihrem Land so zu sehen, wie sie sind.

So hat der Parteisekretär Chruschtschew an der Sitzung des Zentralkomitees der Partei vom 3. September 1953 einen Bericht über die Lage der Landwirtschaft erstattet, der konkrete Zahlen enthält und die sehr ernste Lage der Landwirtschaft und ihrer Produktion aufdeckt.

Im Jahre 1928, also vor der Kollektivisierung der Landwirtschaft, zählte man in der Sowjetunion 66,8 Millionen Rindvieh, im Jahre 1953 noch 56,6 Millionen, darunter 24,3 Millionen Kühe an Stelle von 32,2 Millionen im Jahre

1928 . . . Ein Rückgang von mehr als 10 Millionen Stück Rindvieh und fast 9 Millionen Kühen!

Der Ertrag der Milchkühe in einzelnen Landesteilen und Republiken war 1952 einfach katastrophal. Chruschtschew stellte fest: «In den Kolchosen des Gebietes Kirow wurde 1952 ein Milchertrag von 727 kg pro Kuh erzielt, im Gebiet von Nowgorod von 777 kg, im Gebiet Wologda von 819 kg, im Gebiet Kostroma von 906 kg, in der Republik Aserbeidschan von 373 kg, in der Georgischen Republik von 457 kg, in der Kirgisischen Republik von 537 kg, in der Armenischen Republik von 814 kg, in der Republik Weißrußland von 829 kg.» Er stellte weiter fest, daß in Sibirien im Jahre 1913 75 000 Tonnen Butter erzeugt wurden, 1952 dagegen 65 000 Tonnen! Zu diesem Mangel an Milch und Milchprodukten kommt noch «der außerordentlich hohe Prozentsatz von Unfruchtbarkeit der Muttertiere und der große Ausfall besonders an Jungvieh». Im Jahre 1952 erzielten die Kolchosen auf 100 Muttertiere 11 Kälber, 27 Lämmer und 163 Ferkel.

Die Anzahl der Wirtschaften von Kolchosbauern, die keine Kuh besitzen, hat sich auf 45 Prozent erhöht. Die Anbaufläche für Gemüsekulturen wurde im Vergleich zu 1940 um 250 000 ha reduziert. Im Gebiet Nowgorod betragen die Anbauflächen für Kartoffeln in den Kolchosen gegenüber dem Vorkriegszustand 38 Prozent, im Gebiet Welikije Luki 59 Prozent, im Gebiet Smolensk 61 Prozent, mit einer Verminderung der Hektarenerträge.

Um die Bauern zu einer höheren Produktivität zu ermuntern, hat die neue Regierung eine unerhörte Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte beschlossen. Die Erfassungspreise für Vieh und Geflügel, die der Staat im Rahmen der Pflichtablieferung erhält, wurden um 550 Prozent erhöht, für Milch und Fleisch um 200 Prozent, für Kartoffeln um 250 Prozent, für Gemüse durchschnittlich um 25 bis 40 Prozent. Die Detailverkaufspreise wurden nicht erhöht.

Der katastrophale Abstieg der Produktivität der Landwirtschaft fiel in eine Periode des gewaltigen industriellen Aufbaus. Die Zahl der Arbeiter hat sich in dieser Periode verzehnfacht. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sowie diejenige der Industrie mit Rohstoffen aus der Landwirtschaft konnte unter diesen Bedingungen nicht Schritt halten. Unter den Arbeitern und Angestellten wuchs die Unzufriedenheit über die ungenügende Versorgung.

Um die Versorgung der Bevölkerung mit Fertigfabrikaten zu verbessern, hatten Regierung und Parteileitung beschlossen, die Staatsinvestitionen in der Leichtindustrie zu erhöhen, auf Kosten der Investitionen in der Schwerindustrie, was für Malenkow verhängnisvoll wurde; denn man benützte diese

Maßnahme, die von der Gesamtleitung beschlossen wurde, um ihn von seiner führenden Stellung zu entfernen.

Auf dem Gebiete der Außenpolitik führte die neue Leitung nach dem Tode Stalins *eine Wendung im Sinne der internationalen Entspannung* durch. Schon am 31. März 1953 schlug Tschu En-lai die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Waffenstillstand in Korea vor, und zwar auf der Grundlage des Vorschlages, den die indische Delegation in der Generalversammlung der UNO vom Dezember 1952 erhoben und den Wyschinski schroff abgelehnt hatte. Der Waffenstillstand kam zustande. Es folgten die Genfer Konferenzen mit dem Waffenstillstand in Indochina, der Staatsvertrag mit Österreich mit der Evakuierung dieses Landes, die Rückgabe der Flottenstützpunkte von Porkkala an Finnland und von Dairen / Port Arthur an Rot-China, die Rückerstattung der Anteile Rußlands an den gemischten Betrieben in China und in den Satellitenstaaten Osteuropas; die Normalisierung der Beziehungen mit Jugoslawien, Griechenland und Israel; die sensationelle Versöhnung mit Tito, die Betonung der friedlichen Koexistenz, die konstruktive Mitarbeit in den Vereinten Nationen und die Aufnahme des anglo-französischen Abrüstungsplanes als Grundlage für die Abrüstungsverhandlungen, die Entlassung von 640 000 Mann der Roten Armee . . .

Alle diese Beschlüsse und Handlungen auf dem Gebiete der inneren wie der äußeren Politik Rußlands zeigten schon klar die Tendenz jener Wendung, die dann im Februar 1956 auf dem 20. Parteitag bestätigt und erweitert wurde.

Auf dem Gebiet der kollektiven Führung hat der Parteitag den *Personenkult Stalins ausdrücklich und scharf verurteilt*. Chruschtschew hat in seinem Geheimbericht das Terrorregime und die damit verbundenen Verbrechen Stalins mit aller Offenheit gebrandmarkt und über Stalin und seine Mitarbeiter Einzelheiten berichtet, die viel weiter gehen als die Anklagen der früheren Oppositionen. Besonders wichtig ist die Feststellung der Schuld Stalins an der Ermordung des Leningrader Parteisekretärs Kirow im Jahre 1934. Diese Ermordung hat in der Sowjetunion eine ähnliche provokatorische Rolle gespielt wie der Reichstagsbrand in Hitlerdeutschland. Alle großen Prozesse gegen die Opposition der alten Mitarbeiter Lenins, gegen die sogenannten Trozkiisten, Sinowjewisten, Bucharinisten usw. sind auf dieser großen Polizeiprovokation aufgebaut worden. Die Rehabilitierung aller dieser alten Bolschewiken wäre die logische Folge der erfolgten sensationellen Enthüllung. Man sieht nicht ein, warum die ermordeten hohen Offiziere der Roten Armee nach dem Prozeß gegen Marschall Tuchatschewsky und alle erschossenen und erhängten Kommunisten der Satellitenstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg rehabilitiert werden sollten, dagegen nicht alle die ersten Opfer dieser ungeheuerlichen Polizeiprovokationen und -fälschungen.

Es wurde weiter festgestellt, daß Stalin, um sich eine entscheidende Rolle zuzuweisen, die *Geschichte der Partei und der Russischen Revolution* bewußt *verfälscht hatte*, eine Tatsache, die alle Kenner Rußlands bereits wußten. Aber damit bricht die ganze politische und theoretische Erziehung der kommunistischen Weltbewegung der letzten 25 Jahre, die auf diesen Fälschungen aufgebaut war, in sich zusammen. Besonders stark wurde die militärische Rolle Stalins im Zweiten Weltkrieg herabgesetzt. Nach Chruschtschew ist er verantwortlich für die ersten großen Niederlagen der Roten Armee. Er hätte aus seinem großen Vertrauen zu Hitler heraus der Roten Armee die Anweisung gegeben, einem allfälligen deutschen Angriff nicht zu widerstehen. — Die Geschichte soll jetzt neu studiert und geschrieben werden.

Auch der *Polizeistaat soll abgebaut* und ein *Rechtszustand geschaffen werden*. Die Konzentrations- und Arbeitslager sollen im Laufe des nächsten Jahres aufgehoben, das Strafrecht und die Prozeßordnung sollen revidiert werden. Es soll nicht mehr vorkommen dürfen, daß Menschen auf Grund ihrer eigenen, oft mit Terrormitteln erzwungenen Geständnisse verurteilt werden; konkrete Beweise ihrer Schuld müssen vorgebracht werden. Die Angeklagten sollen die Möglichkeit haben, ihre Verteidigung zu organisieren.

Einige Schritte zur Herstellung eines Rechtszustandes sind also gemacht worden. Vieles hängt jetzt natürlich von der Durchführung dieser Beschlüsse durch die alleinherrschende Partei und durch die Staatsorgane ab. Die Beschlüsse könnten einen Demokratisierungsprozeß einleiten, wenn das Volk die Durchführung der Änderungen selbst in die Hand nehmen und diese nicht dem bürokratischen Apparat überlassen würde. Die Voraussetzungen für eine erhöhte Wachsamkeit und Aktivität des Volkes sind durch den Parteitag geschaffen worden.

In der Presse mehren sich die Stimmen, die eine Demokratisierung des Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparates verlangen. Der Parteitag hat ferner eine Anzahl politischer «Theorien» Stalins verurteilt und revidiert:

1. *Die Theorie der Unvermeidlichkeit des Krieges zwischen den kapitalistischen und den «sozialistischen» Mächten.* Der Parteitag betonte die Theorie der *friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen.*

2. *Die Theorie der Verschärfung des Klassenkampfes nach dem Sieg der Arbeiterklasse, während des Aufbaues des Sozialismus.* Diese Theorie führte zur Ausmerzungen der «reichen Bauern», der Kulaken, und zur Vernichtung aller oppositionellen Kräfte innerhalb der Arbeiterklasse und der Partei. Die politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen in der Partei und in den Sowjets hörten vollkommen auf. Jeder, der Kritik oder auch nur Zweifel

äußerte, wurde von der Polizei sofort als Spion und Agent des Klassenfeindes liquidiert.

3. *Die Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus, mit dem ständigen Niedergang der Produktion in der kapitalistischen Welt.* Dies ist eine alte Diskussion, die schon zwischen Stalin und Bucharin im Jahre 1928 entstanden war. Bucharin hatte nach einem eingehenden Studium der internationalen Lage festgestellt, daß die Produktion der kapitalistischen Welt den Stand der Vorkriegszeit übertroffen hatte. Die kapitalistische Wirtschaft hatte sich erholt und sogar ihre Produktivkräfte entwickelt. Stalin lehnte diese Feststellung ab und entwickelte statt dessen die Theorie des Niederganges der kapitalistischen Produktion. Die große Krise der dreißiger Jahre schien zuerst Stalin recht zu geben.

Die gleichen Probleme stellten sich nach dem Zweiten Weltkrieg. Die von Moskau erwartete und ersehnte große Krise, die Todeskrise des Kapitalismus, trat nicht ein. Der Volkswirtschaftler Varga betonte in einem Buch die Entwicklung des Produktionsapparates und der Produktivität der kapitalistischen Wirtschaft. Sein Werk wurde von Stalin verurteilt, und Varga wurde gezwungen, die Tatsachen, die er festgestellt hatte, abzuleugnen und die Anschauung Stalins zu rechtfertigen. Die Theorie war nicht mehr das Resultat einer wissenschaftlichen Untersuchung, sondern ein Dogma, das mit der Wirklichkeit nichts mehr gemeinsam hatte. Es scheint, daß die neue Leitung die wachsende Kluft zwischen den Dogmen und der Wirklichkeit erkannte und einen Versuch machte, zur marxistischen Denkmethode zurückzukehren, das heißt zuerst die Wirklichkeit, die Tatsachen, die Erfahrungen ohne Vorurteile zu untersuchen und hierauf erst die Schlußfolgerungen auf dem Gebiete der Politik und der Theorie zu ziehen.

Eine ähnliche Änderung ist auf dem Gebiete der Wissenschaft vor sich gegangen. In der Diskussion der Biologen über die Theorien von Mitschurin und Lyssenko betreffend die Änderung der Arten durch die Milieubeeinflussung hatten Stalin und das Zentralkomitee der Partei sich für die neue Theorie entschieden und die Biologen der alten Schule in die Verbannung geschickt.

Die neue Leitung hat diese Einmischung der Partei in die wissenschaftliche Forschung und die Proklamierung von Parteidogmen auf diesem Gebiet verurteilt und der Wissenschaft das Recht auf freie Forschung und Diskussion zuerkannt. Immerhin geschah dies, nachdem die Theorien von Lyssenko über eine neue Art von Getreide zu mehreren katastrophalen Mißernten in Sibirien geführt hatten.

Auch die Künstler sind nicht mehr gezwungen, wertlose und langweilige Propagandawerke zu produzieren, sondern dürfen schöpferisch gestalten. Eine

Anzahl Werke, Filme usw., die unter Stalin verboten wurden, werden jetzt freigegeben. Die Historiker sind direkt aufgefordert worden, ihre Tätigkeit objektiv auf Grund der Archivistücke und Dokumente und nicht mehr nach den Richtlinien des Parteisekretariats zu entfalten.

4. Der 20. Parteitag anerkannte, *daß verschiedene Wege zum Sozialismus führen*, daß in jedem Lande die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse und die Lösung des Problems des Aufbaus des Sozialismus nicht nach einem fertigen russischen Rezept, sondern auf Grund der historischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse des Landes selbst erfolgen müsse.

Dieser von Tito gegen Stalin proklamierte Grundsatz wurde schon vor einem Jahr im Schlußcommuniqué der Besprechungen zwischen der russischen und der jugoslawischen Führung festgelegt. Nunmehr ist dieses alte Prinzip, das schon von Marx und Engels mehrmals anerkannt wurde, vom 20. Parteitag sanktioniert worden.

Es handelt sich hier nicht nur um eine Abkehr vom Stalinismus, sondern von der ganzen Tätigkeit der Kommunistischen Internationale und sogar vom Leninismus selber. Die Gründung der Komintern hatte den Zweck, die russische Erfahrung — den bewaffneten Aufstand, die Sowjetmacht, die Organisations- und Kampfmethoden der Bolschewiki — auf die anderen Länder und ihre Arbeiterbewegungen zu übertragen und sie ihnen aufzuzwingen. Noch nach dem Zweiten Weltkrieg, als politische kommunistische Führer der Satellitenstaaten den Versuch machten, die Volksdemokratie als einen eigenen Weg zum Sozialismus, ohne Diktatur des Proletariats nach russischem Muster, zu proklamieren, war diese Behauptung von Stalin als eine gefährliche Häresie bekämpft worden.

5. Unter den verschiedenen Wegen, die zur Machtergreifung und zum Aufbau des Sozialismus führen, anerkennt der 20. Parteitag auch *den demokratischen Weg, den Weg der Wahlen und des Parlamentarismus*. Auch hierin liegt eine Revision des Leninismus. Für Lenin hatte die parlamentarische Aktion nur einen propagandistischen Wert. Sie sollte von der revolutionären Partei benützt werden, um die kapitalistische Politik zu entlarven, den bürgerlichen Staat zu unterminieren und die Parlamentstribüne als Propagandamittel auszunützen; die parlamentarische Immunität sollte zugunsten der illegalen Tätigkeit der revolutionären Partei mißbraucht werden.

Die Kommunisten Rußlands haben auf diesem Gebiet die Erfahrungen der Arbeiterklasse des Westens erkannt und daraus neue Schlüsse gezogen.

Aber wie lange werden die Kommunisten in England, Skandinavien, Belgien, Österreich, der Schweiz warten und arbeiten müssen, bis sie demokratisch durch Wahlen und durch ihre parlamentarische Tätigkeit die Macht ergreifen können?

6. Diese Frage führt zu der Schlußfolgerung: *Die Macht kann nur gemeinsam mit den sozialdemokratischen Parteien und den freien Gewerkschaften erobert werden. Die Einheit der Arbeiterklasse ist deshalb notwendig.*

Die Kommunisten versuchen erneut, durch Einheitsfront- und Volksfrontmanöver mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten. Aber nach den Erfahrungen, welche die sozialdemokratischen Parteien in den Volksdemokratien am Ende des Zweiten Weltkrieges machen mußten, ist ein Erfolg dieser alten Zersetzungs- und Vernichtungsmanöver nicht zu erwarten.

Die kleinen kommunistischen Parteien bilden überall ein Hindernis für die demokratische Entwicklung zum Sozialismus. Durch ihre jahrzehntelange Unterwerfung unter die Direktiven der russischen Staatspolitik haben sie sich außerhalb der nationalen Volksgemeinschaft gestellt.

Die Einheit der Arbeiterklasse kann in den meisten Staaten des Westens nur zustande kommen durch die Auflösung der kommunistischen Parteien und durch die Liquidierung der Spaltung seitens derjenigen, die sich auf Befehl Moskaus von der großen historischen Arbeiterbewegung ihres Landes getrennt haben.

Der erste Schritt in dieser Richtung war die *Auflösung des Kominforms*. Wenn diese Taktik ernst gemeint ist, werden weitere Schritte folgen müssen, und sie werden um so rascher beschlossen und durchgeführt werden, je mehr die Führer der kommunistischen Bewegung einsehen müssen, daß ihr neuer Versuch mit Einheitsfront- und Volksfrontmanövern gescheitert ist, daß sie vollkommen isoliert bleiben und ohne Einfluß in der Politik ihres Landes.

Es wäre deshalb der größte Fehler, jetzt, in unseren Ländern, mit den kleinen kommunistischen Parteien irgendwelche Aktionsgemeinschaften oder Volksfronten zu bilden. Das würde die angefangene Wendung stoppen und innerhalb der kommunistischen Bewegung die falsche Hoffnung erwecken, daß eine Entwicklung möglich wäre wie diejenige vor zehn Jahren in den Volksdemokratien des Ostens, das heißt die Vernichtung der sozialdemokratischen Organisationen.

Manche kommunistische Funktionäre sehen heute schon, daß die Entwicklung in diese Richtung gehen wird, sie haben aber nicht den Mut, Beschlüsse zu fassen. Wie immer warten sie auf die Anweisung aus Moskau, denn selbständig denken und handeln können sie nicht mehr. Sie sind Stalinisten geblieben.

Es ist auf diesem Gebiet festzustellen, daß noch zu Anfang dieses Jahres, kurz vor dem 20. Parteitag, der allmächtige Sekretär der Partei, Chruschtschew, in der großen Rede, die er vor dem Obersten Sowjet über die Reise der russischen Staatsmänner nach Indien und Burma hielt, erklärte: Nehru hätte die Auflösung des Kominforms, welches ein Hindernis für den Frieden

sei, angeregt; das komme aber nicht in Frage. Ein paar Monate später wurde das Kominform doch liquidiert. Das zeigt, wie labil die russische Politik geworden ist; entweder wurde Chruschtschew in Minderheit versetzt oder, wahrscheinlicher, er mußte schließlich anerkennen, daß Nehru, Tito und diejenigen, welche die Auflösung des Kominforms verlangten, recht hatten.

Die Liquidierung der Spaltung und die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterklasse würde nur verzögert und verunmöglicht werden, wenn die Sozialdemokraten heute die Einheitsfrontangebote der Kommunisten akzeptieren würden. Die Russen müssen die Isolierung ihrer Handlanger erleben, um weitere Schritte zu machen. Die Marschroute und die Tragweite der vollzogenen Wendung sind noch nicht in allen Einzelheiten festgelegt. Von unserer Politik hängt teilweise der weitere Verlauf ab.

Auch wenn man die Moskauer Wendung nicht unterschätzt, muß man doch feststellen, daß sie die Liquidierung des Stalinismus noch mit stalinistischen Methoden vollzieht.

Es sind die langjährigen Mitarbeiter und Komplizen Stalins, die jetzt ihren «großen genialen Führer» anspucken. Sehr viele kommunistische Funktionäre des Westens mögen nicht gewußt haben, was Stalin bedeutete und aus Disziplin und Unkenntnis alles mitgemacht haben; die Mitglieder der neuen russischen Führung können jedoch etwas Ähnliches für sich nicht in Anspruch nehmen. Sie wurden durch das Testament Lenins vor den negativen Charaktereigenschaften Stalins gewarnt. Lenin verlangte vor seinem Tode die Entfernung Stalins aus dem Parteisekretariat. Die Oppositionen hatten die Polizei- und Terrormaßnahmen Stalins scharf kritisiert. Die jetzigen Führer hatten Einsicht in die Akten der Partei und des Staates, alle Opfer Stalins waren ihnen persönlich sehr gut bekannt. Sie haben nicht nur zugestimmt, sie haben mitgeholfen, das persönliche Regime Stalins aufzurichten und zu festigen, sie haben es verteidigt und verherrlicht.

Kann man heute glauben, daß diese am Regime Stalins Mitschuldigen imstande sein werden, eine Demokratisierung durchzuführen? Ihre Methoden bleiben diktatorische Methoden. Die Wendung wird von oben befohlen, und der Parteitag stimmt einmütig zu. Die verschiedenen kommunistischen Parteien des Auslandes folgen ebenfalls einstimmig mit Lippenbekenntnissen, sie beschuldigen sich selbst oder entschuldigen sich in irgendeiner Art und Weise, den Persönlichkeitskult mitgemacht zu haben. Ist das alles nicht Stalinismus reinster und schlimmster Art?

In der Sowjetunion und in einigen kommunistischen Parteien sind im Laufe der Diskussionen über die Beschlüsse des 20. Parteitages Arbeiter und Intellektuelle aufgestanden, die die politische Linie der letzten Jahrzehnte scharf angriffen und als falsch verurteilten. Sicher ist es eine erfreuliche Er-

scheinung, daß Arbeiter innerhalb der russischen Betriebe den Mut fanden, die bisherige Politik und ihre Führung zu kritisieren. Es ist etwas Neues, daß innerhalb der Satellitenparteien Mitglieder aufstanden, um die Unterwerfung unter das russische Diktat zu verurteilen.

Aber wie reagiert die jetzige Leitung auf diese ersten demokratischen Regungen von unten? Diejenigen Parteimitglieder, die sich nicht mit der Wiederholung der von der Führung geübten Kritik begnügen und etwas weiter gehen wollen, werden von der «Prawda» als korrupte und gefährliche Elemente und als Parteifeinde gebrandmarkt. Auch das ist Stalinismus!

Die Delegierten des Parteitages haben sich mit den Skandalgeschichten begnügt, die Chruschtschew über Stalin und sein Terrorregime erzählte. Es waren sicher wichtige Enthüllungen, aber sie blieben an der Oberfläche.

Die vom Parteitag geübte Kritik kann den Marxisten nicht befriedigen, denn die grundsätzlichen Probleme wurden nicht ernsthaft diskutiert und geklärt.

Der Parteitag hat die Behauptung Stalins wiederholt, der Sozialismus sei in der Sowjetunion schon verwirklicht. Molotow, der in einem Artikel erklärt hatte, in Rußland sei die Grundlage für die sozialistische Gesellschaft gelegt worden, wurde gezwungen, seine irrige Auffassung zu widerrufen und öffentlich zu kritisieren; nicht nur die Grundlage sei gelegt, sondern die sozialistische Gesellschaft sei schon verwirklicht.

Wie war es aber möglich, daß ein solches persönliches Regime, ein Polizeistaat mit Terrormaßnahmen, grenzenloser Willkür und mittelalterlichen Inquisitionsmethoden auf der Grundlage des Sozialismus entstehen konnte? Der juristische, politische und kulturelle Überbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung sollte doch Frieden, Freiheit, Wohlstand, Sicherheit, Entfaltung der Persönlichkeit, freie Entwicklung der Kunst und der Literatur enthalten.

Die Redner des Parteitages haben diese grundlegende Frage, die sich jeder marxistisch denkende Mensch stellen muß, nicht behandelt oder gar beantwortet. Kein Delegierter auf dem Parteitag, kein Funktionär der kommunistischen Parteien des Westens hatte den Mut, diese entscheidende Frage zu stellen und zu beantworten.

Die kommunistische Propaganda versucht, den sozialistischen Charakter der Gesellschaftsordnung der Sowjetunion durch die Tatsache zu beweisen, daß der Privatkapitalismus abgeschafft wurde. Der gesamte Produktionsapparat sowie aller Grund und Boden wurden verstaatlicht. Das ist eine unleugbare Tatsache. Die Privatwirtschaft wurde durch eine Staatswirtschaft ersetzt. Der Staat und die von ihm gegründeten Genossenschaften, die durch ihn gelenkt und kontrolliert werden, sind die einzigen Eigentümer der Produktionsmittel, der Verkehrsmittel, des Kreditwesens und des Handels. Der

Staat bestimmt souverän sowohl die Preise der von ihm erzeugten Waren wie die Löhne und Gehälter seiner Arbeiter und Angestellten. Er dirigiert die Wirtschaft durch den Staatsplan.

Ist das Sozialismus?

Die Verstaatlichung kann zum Sozialismus führen, sie ist aber an sich noch kein Sozialismus. Schon Engels hat in einer Fußnote seines grundsätzlichen Werkes «Anti-Dühring» auf diese Frage aufmerksam gemacht. Er schreibt:

«Es ist aber neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser falscher Sozialismus aufgetreten, und hier und da sogar in einige Wohldienerei ausgeartet, der jede Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für Sozialismus erklärt. Allerdings, wäre die Verstaatlichung des Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter den Gründern des Sozialismus . . . So waren das keineswegs sozialistische Schritte, direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt*.»

Als Lenin in der «Prawda» vom 9. bis 11. Mai 1918 einen grundsätzlichen Artikel über die Zukunft der Wirtschaft in Rußland schrieb**, sagte er nicht, daß die Verstaatlichung gleichbedeutend sei mit Sozialismus. Er betont im Gegenteil, *Rußland brauche eine Periode des Staatskapitalismus*, und er wendet sich mit aller Schärfe gegen die «Linken» innerhalb der Partei, die in einer solchen wirtschaftlichen Entwicklung eine Gefahr erblicken.

In diesem Artikel spricht Lenin nie von «Staatssozialismus», sondern nur von Staatskapitalismus, sogar von «staatsmonopolistischem Kapitalismus» oder von «staatlichem Großkapitalismus»:

«Der Staatskapitalismus wäre ein gewaltiger Schritt vorwärts . . . Der Staatskapitalismus steht erstens wirtschaftlich unvergleichlich höher als unsere jetzige Wirtschaft. Zweitens enthält er für die Sowjetmacht absolut nichts Gefährliches, denn der Sowjetstaat ist ein Staat, in dem die Macht der Arbeiter und der armen Bevölkerung gesichert ist . . . In Rußland überwiegt jetzt gerade der kleinbürgerliche Kapitalismus, von dem sowohl zum staatlichen Großkapitalismus als auch zum Sozialismus ein und derselbe Weg führt . . . Ihr werdet sehen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionären demokratischen Staat unumgänglich, unvermeidlich einen Schritt und einige Schritte zum Sozialismus bedeutet. Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt über das staatskapitalistische Monopol hinaus . . . Der staatsmonopolisti-

* Friedrich Engels: «Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft.» In der historisch-kritischen Gesamtausgabe des Marx-Engels-Lenin-Instituts in Moskau. S. 288.

** Lenin, Sämtliche Werke, Band XXII, S. 577. «Über linke Kinderei und Kleinbürgerlichkeit.»

sche Kapitalismus ist die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, ist ein Vorzimmer zu ihm . . . »

Es war nicht das erste und einzige Mal, daß Lenin diese staatskapitalistische Perspektive empfahl. Schon im September 1917 hatte er in seiner Broschüre *«Die drohende Katastrophe und der Kampf gegen sie»* ähnliche Gedanken verteidigt.

Stalin hat dieses Wirtschaftsprogramm treu und energisch verwirklicht. Er hat in der Sowjetunion einen mächtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus aufgebaut, und er hat dies mit barbarischen Mitteln getan, nach den Anweisungen von Lenin, der in dem zitierten Artikel schrieb:

«Solange in Deutschland die Revolution mit ihrem ‚Ausbruch‘ noch säumt, ist unsere Aufgabe, den Staatskapitalismus bei den Deutschen zu erlernen, ihn uns mit allen Kräften zu eigen zu machen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Aneignung noch mehr zu beschleunigen, als Peter der Große die Abneigung der westlichen Kultur durch das barbarische Rußland beschleunigte, wobei er vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei nicht zurückschreckte.»

Es war aber eine große Illusion seitens Lenins, zu glauben, daß diese monopolkapitalistische Grundlage der Wirtschaft ohne Einfluß und Rückwirkungen auf den politischen und kulturellen Überbau der Gesellschaft bleiben würde und daß «die Macht der Arbeiter und der armen Bevölkerung» im Sowjetstaat gesichert sei. Die barbarischen Methoden der Aneignung des Staatskapitalismus haben zu der persönlichen Diktatur Stalins mit allen ihren Verbrechen gegen die Menschlichkeit geführt.

Das Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in der Produktion, die Arbeiterkontrolle in den Betrieben wurden liquidiert, damit der alleinige Eigentümer der Produktionsmittel, der allmächtige Staat, alles ohne Einmischung der Produzenten durch seine Bevollmächtigten dirigieren und leiten und den Mehrwert aus der Ausbeutung der Werktätigen in steigendem Ausmaß sich für die Staatskasse aneignen konnte.

In seinen *«Thesen über die Aufgaben der Sowjetmacht im gegenwärtigen Augenblick»*, im April 1918, schrieb Lenin:

«Über die zweite Frage, über die Bedeutung gerade der diktatorischen Macht einzelner Personen vom Standpunkt der besonderen Aufgaben des gegebenen Momentes muß man sagen, daß jede maschinelle Großindustrie — das heißt gerade die materielle Produktionsquelle und das Fundament des Sozialismus — eine unbedingte und strenge Einheit des Willens erfordert, der die gemeinsame Arbeit von Hunderten, Tausenden und Zehntausenden Menschen leitet . . . Aber wie kann die strenge Einheit des Willens gesichert werden? Durch die Unterordnung des Willens von Tausenden unter den Willen eines einzigen . . . Die Revolution hat soeben die ältesten, stärksten, schwersten Fesseln zerschlagen, denen sich die Massen

unter der Knute gefügt hatten. Das war gestern, heute aber fordert dieselbe Revolution, und zwar im Interesse des Sozialismus, *die unbedingte Unterordnung* der Massen unter den *einheitlichen Willen* der Leiter des Arbeitsprozesses . . . und unsere ganze Aufgabe . . . besteht darin, . . . an die Spitze der erschöpften, ermatteten Masse, die einen Ausweg sucht, zu treten, sie auf den richtigen Weg zu führen, den Weg der Arbeitsdisziplin, der Vereinbarung des Abhaltens von Versammlungen über die Arbeitsbedingungen und der unbedingten Unterordnung unter den Willen des Sowjetleiters, des Diktators während der Arbeitszeit*.»

Immerhin haben die Arbeiter und ihre Gewerkschaften auf die Rechte, die sie in der Revolutionszeit erobert hatten, nicht ohne Widerstand verzichtet. An der Spitze der Betriebe stand eine kollektive Führung: neben dem vom Staat eingesetzten Direktor zwei Vertreter der Belegschaft, der Vertreter der Gewerkschaftssektion des Betriebes und der Vertreter der Parteizelle.

Diese kollektive Führung wurde erst im Jahre 1937 offiziell liquidiert. In den im Jahre 1947 herausgegebenen *«Grundlagen des sowjetischen Staatsrechts»* wird die unbedingte Diktatur des Betriebsdirektors festgelegt:

«Die Ein-Mann-Führung in der Industrie bedeutet, daß an der Spitze der Betriebe und der Wirtschaftsorgane einzelne Führer stehen, die von den bevollmächtigten Staatsorganen ernannt sind. Sie sind mit allen Vollmachten ausgerüstet, die für eine erfolgreiche Tätigkeit des Betriebes und der Wirtschaftsorgane notwendig sind. Die Vorgesetzten sind Führer mit unumschränkten Vollmachten. Sie genießen das hohe Vertrauen des Staates. Zugleich damit liegt auf ihnen die gesamte Verantwortung für die erfolgreiche Tätigkeit der von ihnen geführten Betriebe. Der Betriebsdirektor ist verantwortlich für die Disziplin im Betrieb, für die ständige Erhöhung der Arbeitsproduktivität, für die Qualität der Produktion, für die Erfüllung der Wirtschaftspläne. Die Ein-Mann-Führung ist die unabdingbare obligatorische Voraussetzung für die Führung der sozialistischen Industrie, weil sie die Grundlage ist für die individuelle Verantwortung des Führers.»

Stalin hat das Prinzip der Ein-Mann-Führung auch im Staat und in der Partei verwirklicht, was eine durchaus logische Schlußfolgerung war.

Die Parole des 20. Parteitages «Rückkehr zu Lenin!» bedeutet deshalb gar nichts, vor allem nicht die Einleitung eines Demokratisierungsprozesses. Stalin hat die Prinzipien Lenins mit aller Brutalität und Barbarei verwirklicht. In der Sowjetunion herrscht der staatliche Monopolkapitalismus. Auf dieser wirtschaftlichen Grundlage hat sich eine neue herrschende und privilegierte Klasse entwickelt, die hohe Bürokratie des Staates, der Partei, der Gewerkschaften, die Führer der Wirtschaft, der Armee und der Polizei sowie eine

* Lenin: Sämtliche Werke, Band XXII, S. 525.

Schicht von Intellektuellen im Dienste des Staates. Diese Klasse lebt viel besser als die Arbeiter, die sie beherrscht und ausbeutet.

Im Verlaufe des Aufbaus des Staatskapitalismus haben die Arbeiter die Rechte und Errungenschaften, die sie während der Revolutionszeit erobert hatten, allmählich wieder verloren. Die Sozialgesetzgebung wurde verschlechtert, die Leistungen der Sozialversicherung gekürzt, um die Einnahmen des Staates zu vermehren und die Besserstellung der neuen «Managerklasse» zu sichern.

Einige Beispiele mögen diesen konterrevolutionären Prozeß charakterisieren.

Das «Arbeitsgesetz» des Jahres 1919 sicherte allen Arbeitern und Angestellten ein Minimum von 30 Werktagen bezahlter Ferien im Jahr. Das Minimum ist heute auf 12 Tage reduziert. Verlust: 18 Tage Ferien!

Durch Dekret vom 11. November 1917 wurden Überstunden für Jugendliche unter 18 Jahren sowie die Nachtarbeit für alle Jugendlichen unter 16 Jahren verboten. Diese beiden Schutzmaßnahmen für die Jugend wurden im Juni 1941 aufgehoben, Nachtarbeit und Überstunden ausdrücklich gestattet. Nur für Jugendliche unter 16 Jahren wurden die Überstunden auf zwei pro Tag beschränkt! Im Arbeitsgesetz von 1917 wurde die Untertagearbeit für Frauen in den Bergwerken verboten, im Jahre 1940 wurde sie wieder zugelassen.

Die Mütter waren 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung, bei voller Lohnentschädigung, von der Arbeit befreit; im Jahre 1938 wurde die Dauer der Unterstützung von 16 auf 9 Wochen gekürzt, im Jahre 1944 jedoch wieder auf 12 Wochen erhöht. Nettoverlust: 4 Wochen.

Die Leistungen der Krankenversicherung wurden verschlechtert. Zuerst erhielten die Patienten während der ganzen Dauer der Krankheit den vollen Lohn bei unentgeltlicher ärztlicher Behandlung. Ein Gesetz über die «Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsdisziplin, zur Verbesserung der Sozialversicherungspraxis und zur Bekämpfung der Mißbräuche auf diesem Gebiet» legte im Jahre 1938 fest, daß nur diejenigen, die seit mindestens sechs Jahren in dem gleichen Betrieb arbeiten, den vollen Lohn als Krankengeld erhalten; wer zwischen drei und sechs Jahren Arbeit in dem gleichen Betrieb aufweist, erhält nur noch 80 Prozent des Lohnes, bei einer Betriebszugehörigkeit von zwei bis drei Jahren 60 Prozent und unter zwei Jahren 50 Prozent des Lohnes.

Die Arbeiter und Angestellten konnten auch nicht mehr wie vorher durch Kollektivverträge ihre Löhne verbessern und mit dem Unternehmer, das heißt mit dem Staat, die Löhne und Arbeitsbedingungen diskutieren und regeln. Im Jahre 1933 wurden die Kollektivverträge abgeschafft. Im «Sowjetischen Arbeitsrecht» wird erklärt:

«Kollektivverträge sind eine überholte Sonderform der rechtlichen Regelung des Arbeitsverhältnisses von Arbeitern und Angestellten. Die eingehende Regelung dieses Verhältnisses in allen Punkten *durch Verfügung der Staatsgewalt* läßt keinen Raum für vertragliche Abmachungen über diese oder jene Arbeitsbedingungen.»

Schließlich verloren die Arbeitenden sogar das Recht, ihren Arbeitsplatz zu wählen und zu kündigen, ja sogar die Möglichkeit, ihren Beruf zu wechseln. Sie wurden an ihren Beruf und an ihren Betrieb gekettet. Der Arbeitszwang wurde eingeführt.

Parallel mit dieser Versklavung der Arbeiterklasse wurden gewaltige Lohndifferenzen geschaffen, welche schreiende soziale Unterschiede und Ungerechtigkeiten zur Folge hatten.

Der am 10. Jahrestag der Oktoberrevolution, im Jahre 1927, eingeführte Siebenstundentag wurde aufgehoben und die Arbeitszeit willkürlich, je nach der Notwendigkeit der Erfüllung des Plansolls, erhöht.

Diese Beispiele genügen wohl, um die systematische Verschlechterung der Lage der Werktätigen, ihre grenzenlose Ausbeutung durch den Staat und ihre völlige Entrechtung zu beweisen.

Unter den Maßnahmen, die am 20. Parteitag angekündigt und seither auch teilweise durchgeführt wurden, ist die Wiederherstellung der sozialen Errungenschaften der Arbeiter sicher die wichtigste, weil sie die Struktur des Staatskapitalismus und die Vorrechte der herrschenden Bürokratie antastet. Chruschtschew versprach, 1957 den Siebenstundentag wieder einzuführen. Er kritisierte die sozialen Unterschiede und Ungerechtigkeiten in der Lohnskala und in der Ausrichtung der Sozialversicherung und der Pensionen. Seither sind die großen Differenzen in den Löhnen und die unerträgliche Spanne in den Alterspensionen reduziert worden. Die Alterspension betrug bisher 50 Prozent des letzten Lohnes, was für kleine Leute oft Pensionen von 125 bis 150 Rubel (1 Rubel = 1 Schweizer Franken) bedeutete; dagegen erhielten Professoren und Direktoren mit Monatsgehältern von 6000 bis 8000 Rubel eine Pension von 3000 bis 4000 Rubel. Seit dem 20. Parteitag wurde für die Alterspension ein Minimum von 300 Rubel und ein Maximum von 1200 Rubel festgelegt.

Die Arbeiter bekamen auch das Recht zurück, ihre Betriebe und Berufe zu wechseln, ihren Arbeitsplatz zu kündigen.

Diese Maßnahmen zeigen, daß, nach dem Tode Stalins und besonders nach dem 20. Parteitag, die Arbeiter und die ganze Bevölkerung mehr Mut gefunden haben, ihre Meinung zu äußern und Kritik zu üben. Die Arbeiter benützen die Lockerung des Polizeiregimes, um einen Teil der ihnen geraubten sozialen Errungenschaften zurückzuerobern und ihren Lebensstandard zu erhöhen.

Die stärkere Aktivität der Arbeiter ist besonders wichtig, um den begonnenen Prozeß der Lockerung der Diktatur und der Demokratisierung zu fördern. Wenn von unten her nicht kräftig gestoßen wird, so wird die herrschende Bürokratie die proklamierte Wendung zu einer Farce machen.

Auf dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiet kann das Beispiel Jugoslawiens von entscheidender Bedeutung sein. Die Kommunisten Jugoslawiens haben einen ganz anderen wirtschaftlichen und sozialen Weg eingeschlagen als die Russen. Ihre politische Organisation ist allerdings eine Diktatur mit Einparteiensystem; wirtschaftlich aber haben die jugoslawischen Kommunisten die verstaatlichte Industrie den Arbeiterkollektiven in den Betrieben zur Verwaltung übergeben, und sie haben die Konkurrenz zwischen den sozialisierten Betrieben zugelassen. Der erzielte Mehrwert, der Profit, steht — nach Entrichtung der Steuern und Einlage in die Reserven — den Arbeitern selbst zur Verfügung; dadurch sind diese an der Erhöhung der Produktivität direkt interessiert und leiten ihre Betriebe selbst.

Das ist das, was die erste russische Opposition unter Führung von Schljapnikow und Kollontai schon im Jahre 1919 in Rußland forderte und was Lenin strikte ablehnte.

Das große Experiment der Jugoslawen, begleitet von dem Kampf gegen die Bürokratie und von einer weitgehenden Dezentralisierung der Macht, wird auf die Arbeiter der Sowjetunion eine wachsende Anziehungskraft ausüben.

Der frühere Sozialdemokrat Fierlinger, der Vorsitzende des Parlaments der Tschechoslowakei, der kürzlich mit einer tschechoslowakischen Parlamentsdelegation in Jugoslawien weilte, hat sich, ebenso wie die Leiterin einer sowjetrussischen Gewerkschaftsdelegation, lobend über die jugoslawischen Betriebsräte ausgesprochen. Fierlinger bezeichnete die Betriebsräte als eine nachahmenswerte Einrichtung, und die Russin nannte sie eine wertvolle Institution der demokratischen Selbstverwaltung, die von den russischen Gewerkschaften eingehend studiert werden würde. Selbst Togliatti hat nach seiner Unterredung mit Tito den Weg der jugoslawischen Kommunisten gelobt.

Die staatskapitalistische Struktur der Sowjetunion hat auch ihre *imperialistische Außenpolitik bestimmt*. Die Expansion des Kommunismus in der Welt wurde mehr und mehr identisch mit der Expansion der Interessen des russischen Staates, die kommunistische Bewegung wurde zum Werkzeug der russischen Politik degradiert. Die Abmachungen Stalins mit Hitler über die neue Teilung Polens und die Vernichtung der unabhängigen baltischen Staaten; die Berliner Besprechungen Molotows im Jahre 1940 über die Teilung der Welt zwischen Rußland, Deutschland, Italien und Japan; die Vereinbarungen von Jalta und Potsdam mit England und den Vereinigten Staaten über die Aufteilung der Welt in Einflußsphären; die militärischen Vorstöße,

um die Einflußzonen Rußlands nach allen Richtungen zu erweitern — das alles ist der eindeutige Ausdruck einer imperialistischen und nicht einer sozialistischen Politik. Sie hat die Spannung um die Kriegsgefahr in der Welt erhöht.

Die neue Leitung versucht, eine Entspannung der internationalen Lage zu erwirken und hat in dieser Richtung einige Gesten gemacht. Die Völker und Staaten im Osten, die durch den militärischen Vorstoß der Roten Armee unter die Diktatur der kommunistischen Parteien und unter die Herrschaft Rußlands gerieten, ihre nationale Unabhängigkeit verloren und ein Polizeiregime ähnlich dem russischen bekommen haben, sind noch nicht frei, über ihr Schicksal zu entscheiden. Ich verstehe, daß, in der heutigen gespannten Weltlage, die russische Regierung gewisse strategische Positionen nicht einfach preisgeben kann, solange sie nicht sicher ist, daß diese Staaten wirklich unabhängig bleiben und nicht zu strategischen Stützpunkten der Vereinigten Staaten werden. Immerhin: eine Wiedergutmachung auf diesem Gebiet würde mehr Vertrauen und Entspannung schaffen als alle Beschlüsse des 20. Parteitages.

Die Sowjetregierung benötigt für Jahre eine Atempause in der Außenpolitik, um die inneren Probleme der Erbschaft Stalins zu meistern und die materielle Lage der Völker der Sowjetunion zu heben. Die jetzige Führung scheint begriffen zu haben, daß die Zwangsarbeit nicht rentiert und daß eine Hebung der Produktivität der Industrie und der Landwirtschaft nur durch die Erhöhung des Lebensniveaus des arbeitenden Volkes möglich ist. Dieses Ziel kann aber nur durch eine Friedenspolitik und durch eine wesentliche Senkung der gewaltigen Lasten der militärischen Ausgaben verwirklicht werden.

Es ist deshalb vollkommen überflüssig, die Frage zu stellen, ob die Russen in ihren Friedensbestrebungen «ehrlich» sind. Auf dem Gebiet der Diplomatie gibt es leider *nur Interessen*, nicht Ehrlichkeit und Ideale. Die Russen haben auf Jahre hinaus Interesse an einer Entspannung und an einer wesentlichen Kürzung der Rüstungsausgaben; das ist das Entscheidende. Was nach zehn oder zwanzig Jahren geschehen wird, ist für heute nicht wichtig. Eine längere Friedensperiode wird eine neue Weltlage schaffen, neue Männer an die Macht bringen, neue Interessen entwickeln und vielleicht auch etwas mehr Vernunft bei den Menschen wecken.

Die Aufgabe unserer Zeit ist eben, den Frieden jetzt und für die kommenden Jahre zu sichern und die allgemeine, international kontrollierte Abrüstung einzuleiten. Auf diesem Gebiet ist die Politik des 20. Parteitages von größter Bedeutung. Sie kann auch sowohl innerhalb Rußlands und der Oststaaten wie in der internationalen kommunistischen Bewegung den Prozeß der De-

mokratisierung einleiten und fördern. Dieser Prozeß der inneren Demokratisierung der kommunistischen Welt ist die einzige Garantie für den Frieden. Sie würde innerhalb der kapitalistischen Welt die Kräfte des freien Sozialismus und viele andere Kräfte ermutigen, kräftiger an der Strukturänderung der kapitalistischen Wirtschaft zu arbeiten, um den Sozialismus nach ihrer eigenen Art, auf demokratischem Weg, einzuführen.

Der andere Weg ist derjenige des Krieges, der weder zum Sozialismus im Westen noch zur Demokratie im Osten führt, sondern mit voller Sicherheit zur Vernichtung der Menschheit.

Das bedeutet nicht, daß wir die Beschlüsse des 20. Parteitages als eine grundsätzliche und entscheidende Wendung in der Politik Rußlands betrachten. Sie sind nur ein erster, allerdings wichtiger Schritt, um die Schreckensvergangenheit Stalins zu liquidieren und eine gewisse Lockerung durchzuführen. Je nach der weiteren Entwicklung dieses begonnenen Prozesses kann der 20. Parteitag die grundsätzliche Wendung eingeleitet haben.

Auf die weitere Entwicklung hat in erster Linie das russische Volk den entscheidenden Einfluß, aber auch seine jetzige Führung trägt eine große Verantwortung, und die freien Sozialisten des Westens können den Prozeß beschleunigen oder hindern.

Den Prozeß beschleunigen heißt aber nicht, alles bewundern, was die Russen jetzt machen oder versprechen, und es heißt besonders nicht, die kommunistischen Parteien jetzt als Verbündete betrachten.

Indem ich die Bedeutung der Beschlüsse des 20. Parteitages anerkannte und betonte, habe ich im Gegenteil versucht, die grundsätzlichen Fragen hervorzuheben, die uns heute wie gestern von den Kommunisten trennen: das Prinzip der Demokratie und die Grundidee des Sozialismus. Nie werden wir den Staatskapitalismus, mit allen seinen negativen und gefährlichen Erscheinungen, mit dem Sozialismus verwechseln. Diese Verwechslung war die größte historische Fälschung und der unerhörte Betrug Stalins. Mit Karl Marx denken wir, daß die sozialistische Gesellschaft eine freie Organisation von arbeitenden Menschen sein soll, in welcher der Staat als Machtfaktor absterben wird.

Wird die staatskapitalistische Struktur der Sowjetgesellschaft nicht von Grund auf geändert, dann wird auch jeder Versuch einer Demokratisierung des Regimes scheitern, denn der Sozialismus bedeutet nichts anderes als die wirtschaftliche und soziale Demokratie auf der Grundlage der Freiheit der Persönlichkeit. In Jugoslawien ist die wirtschaftliche und soziale Grundlage zu einer Demokratisierung des Staates vorhanden; in Rußland muß diese Grundlage, auch nach dem 20. Parteitag, noch geschaffen werden.